

Besprechungen

Georg Lukács: Die Zerstörung der Vernunft. Neuwied a. Rh./Berlin-Spandau 1962. Hermann Luchterhand Verlag. 757 S.

Ohne Zweifel ein interessantes, aktuelles, zu stetem Denken, Überdenken und Prüfen anregendes Werk! Interessant, weil die philosophische Entwicklung in Deutschland von *Schelling* bis *Heidegger* unter einem ungewohnten Gesichtspunkt dargestellt wird; aktuell, weil diese Entwicklung als geradenwegs zu Hitler und dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches hinführend aufgewiesen wird; zu Überdenken und Kritisieren herausfordernd, weil der Verfasser die philosophische Ideenentwicklung aus den jeweiligen geschichtlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Lebensverhältnissen (der Klassenlage der Bourgeoisie!) verständlich zu machen sucht. *Schelling*, der Philosoph des Frühkapitalismus, *Nietzsche*, der Philosoph der beginnenden imperialistischen Epoche, *Heidegger*, der Philosoph des Nationalsozialismus!! Historisch notwendig sinke das Niveau des bürgerlichen philosophischen Denkens ab: „Von Schelling und Schopenhauer geht ein steiler Weg abwärts — über Nietzsche, Dilthey, Spengler usw. — bis zu Hitler und Rosenberg. Aber gerade das steile Abwärts dieses Weges drückt das Wesen, die Entwicklungsnotwendigkeit des Irrationalismus adäquat aus“ (S. 657/8).

Die Geschichte der Philosophie wird also nicht als eine Geschichte von Ideen oder Persönlichkeiten verstanden: „Die Probleme und Lösungsrichtungen für die Philosophie werden von der Entwicklung der Produktivkräfte, von der gesellschaftlichen Entwicklung, von der Entfaltung der Klassenkämpfe gestellt“ (S. 9). Diese sich aus dem dialektischen und historischen Materialismus ergebende Betrachtungsweise bringt hier und dort neue und überraschende Aufschlüsse. Es ist jedoch ein Unterschied, ob solche Betrachtungsweise im Sinne einer heuristischen Methode, wie sie der Wissenssoziologie eigen ist, durchgeführt wird, oder ob diese Methode als die einzig richtige Auffassung des geschichtlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens zu gelten hat. Die Vertreter des Marxismus-Leninismus bekennen sich zu der letzten Meinung: „Die entscheidenden Grundlinien einer jeweiligen Philosophie können unmöglich anders als auf Grund der Erkenntnis dieser primären bewegenden Kräfte (d. h. der gesellschaftlichen Produktions- bzw. Klassenverhältnisse. H. Sch.) aufgedeckt werden“ (S. 9).

Es ist zweifellos aufschlußreich, z. B. die Entwicklung des religiösen, politischen, ökonomischen und sozialen Liberalismus „als gedanklichen

Widerschein“ der realen gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse einer Zeit zu begreifen. Gleiches gilt von den Ideologien des Nationalsozialismus und des politischen und ökonomischen Imperialismus. Erfahrungen, Überzeugungen und Stimmungen einer geschichtlichen Epoche finden irgendwie ihren künstlerischen und philosophischen Ausdruck. Der Ursprung wissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen Denkens und Forschens ist eng mit gesellschaftlichen Strukturwandlungen verbunden gewesen. Es wäre aber grotesk, die weitere wissenschaftliche, besonders wieder die naturwissenschaftliche Idententwicklung aus sich verändernden Klassenverhältnissen der Gesellschaft erklären zu wollen. Das ist nicht einmal im Hinblick auf die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften durchgängig möglich. *Bakunin* hat es unternommen, die Grenznutzenlehre aus „parasitärem“, „kapitalistischem Rentnerdenken“ herzuleiten. Kann man aber auch nur einen Moment zweifeln, daß der Grenzgedanke in dieser oder jener Form und Inhaltlichkeit allenthalben Geltung hat, gleich um welche Lebens- und Gesellschaftsform es sich handelt?

Nach Georg Lukács entwickelt sich die deutsche Philosophie — sie sei repräsentativ für das genannte Zeitalter — entsprechend der fortschreitenden bürgerlichen Dekadenz und dem Parasitismus der imperialistischen Epoche zu einem reaktionären, antidemokratischen, antisozialistischen Irrationalismus. „Das Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts bleibt das „klassische“ Land des Irrationalismus, der Boden, wo dieser sich am vielseitigsten und umfassendsten entfaltet hat“ . . . „Wir glauben: diese Tatsache gehört zu den schmachvollsten Seiten der deutschen Geschichte. Sie muß eben deshalb eingehend studiert werden, damit die Deutschen sie radikal überwinden und ihr Fortleben oder ihre Wiederkehr energisch verhindern können“ (S. 35).

Ein wirklich eingehendes Studium der gekennzeichneten philosophischen Epoche würde und müßte freilich zu einem erheblich abweichenden Urteil kommen. Die Ablehnung der ratio — um sie geht es und nicht um die Vernunft! — erklärt sich aus der Übersteigerung des Rationalen im 19. und 20. Jahrhundert. Weil der sachlich rechnende, berechnende, wertende, auf objektive Zweckmäßigkeit bedachte Verstand alles und jedes auf einen einheitlichen Nenner bringen, alles und jedes quantifizieren, relationieren, funktionalisieren, technisieren und organisieren wollte, erfolgte die Reaktion, der Gegenschlag. Warum aber „reaktionär“? Weil der marxistische Rationalismus mit dem Glauben an eine universelle, totale, historisch-ökonomische Gesetzmäßigkeit den Maßstab bildet!

Der Wahrheitskern der groß angelegten und konsequent durchgeführten Untersuchung von Georg Lukács besteht in dem Aufweis und der Verurteilung der Übersteigerungen, des Maßlosen, besonders bei *Nietzsche*. Die Überbetonung oder gar die Verabsolutierung des Rationalen ist ein Irrweg; ebenso aber auch die Übersteigerung der Rationalität.

An sich gehört das Irrationale, wie das Rationale, zur ganzheitlichen Struktur des Menschen. Sieht der Dialektiker Lukács nicht diese Polarität des Menschlichen? Was sagt Lukács — bei seiner radikalen Ablehnung des Irrationalen — zu Sigmund *Freuds* „Traumreich“ und zu C. G. *Jung*? Was zur psychoanalytischen Entdeckung der menschlichen Tiefenzone, des Unterbewußten, für dessen Deutung schon *Schelling* Beiträge geleistet hat? Was soll die spöttische Ablehnung der „Intuition“ und der „Inspiration“, von der alle großen Denker und Dichter zu sagen wissen?!

Es ist typisch für einen kommunistischen Schriftsteller, daß er zwar eine ätzende Kritik an den „klassenfeindlichen“ Lebens- und Kulturformen übt, jedoch nicht mit einem Blick vielleicht gar sehr ähnliche Entwicklungen im eigenen Lager streift. Unwürdig und ungerecht ist es, von dem nationalsozialistischen Terrorregiment zu sprechen, nicht aber auch von dem Schreckensregiment eines Stalin.

Schließlich: Wie würde es wohl um Rationalismus und Irrationalismus in der Sowjetunion und im ganzen sozialistischen Lager stehen, wenn dort dem Schriftsteller, dem Dichter, dem Wissenschaftler schon seit Jahrzehnten Gedankenfreiheit und Freiheit der Meinungsäußerung gegeben worden wären oder auch nur heute gegeben würden? Wie würde wohl, besonders von der Jugend, leidenschaftlich gegen das Übermaß an Rationalität auf allen Gebieten des Lebens und der Kultur, gegen Funktionärswesen, Bürokratisierung und Kollektivierung angekämpft werden! Wie würde man für Irrationalitäten des Lebens und der schöpferischen Betätigung, für Liebe, Freundschaft, religiöse Gesinnung und Glaubenshaltung mehr Raum zu schaffen suchen! Allein der Dialektiker Lukács gibt das Prinzip der Dialektik, der Gegensätzlichkeit und Widersprüchlichkeit zugunsten einer einseitigen marxistischen Orthodoxie preis.

Herbert Schack, Berlin

J. L. Talmon: Die Geschichte der totalitären Demokratie. Bd. 1: Die Ursprünge der totalitären Demokratie. Bd. 2: Politischer Messianismus. Die romantische Phase (aus dem Englischen übertragen von Efrath B. Kleinhaus). Köln und Opladen 1961 u. 1963. Westdeutscher Verlag. 318 u. 546 S.

In seiner sehr aktuellen historischen Studie — dem ersten Bande einer geplanten Trilogie, die bis an die Gegenwart herangeführt werden soll — geht der Verf. dem politischen Messianismus nach. Ohne starke Einflüsse der Antike im Prinzipiellen zu bestreiten, datiert er den modernen Totalitarismus von der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Erst von dieser Zeit an (frühere kommunistische Strömungen wie die englische Leveller-Bewegung und die Erscheinungen eines *Thomas More* und *Campanella* bleiben als sporadisch außer Betracht) sieht er eine ununterbrochene Kontinuität. Sie spiegelt sich wider im Kommunistischen Manifest, wie wir hier, dem Verf. etwas vorgreifend, erwähnen wollen. Es bescheinigt jenem „*utopischen Sozialismus*“ aus-

drücklich, schon seiner Zeit die krisenhaften Widersprüche der Industriegesellschaft zwar nicht richtig begründet, doch höchst scharfsinnig zergliedert zu haben. Und nicht nur das. Er schuf auch, wie der Verf. im einzelnen belegt, das Arsenal, aus dem der Kommunismus noch heute seine geistigen Waffen bezieht. Von dem Gedanken ausgehend, daß die Gesellschaft ein Teil der Natur, des logisch strukturierten Kosmos sei, wird vermittels eines materialistischen Determinismus und einer „wissenschaftlichen Politik“ eine vorbestimmte „Natürliche Gesellschaftsordnung“ angestrebt, als deren Vollstrecker der Staat gilt. Nur seine Gesetze und nicht die Religion, die sich ein- und unterordnen muß, schaffen durch Erziehung und Bildung den Typ eines neuen Menschen („Sowjetmenschen“), der „fügsam das Joch des öffentlichen Glücks trägt“, wodurch die erste Voraussetzung für eine harmonische, klassenlose Gesellschaft geschaffen werde. Die Anerkennung eines objektiven a priori vorhandenen „Allgemeinen Willens“ (und somit die „Einsicht in die Notwendigkeit“) ist eine zweite Bedingung. Wird sie vom Volke nicht spontan begriffen, dann muß es, weiter nach *Rousseau*, irgendwie dazu gebracht werden. So kamen unter der Diktatur des Jakobinismus (wie auch heute) „spontane“ Kundgebungen der „Aktivisten“ („Kader“) und anderer Gruppen zustande, die die Richtigkeit des Regierungskurses demonstrierten. In letzter Instanz führte dieser Gedankengang zu dem genauen Gegenteil der erklärten plebiszitären Volkssouveränität, nämlich zu dem freiheits- und wissenschaftsfeindlichen imaginären Grundsatz: „Der Führer (die Partei) hat immer recht.“ Ein politischer Zustand, den man als die „wahre (reale) Demokratie“ bezeichnete. Um ihn zu erhalten, mußte jede Opposition durch Deportierung aller Verdächtigen und Liquidierung („Säuberung“) aller erkannten „Volksfeinde“ beseitigt werden. Sie rekrutierten sich, in der Zeit des Frühkapitalismus, wie zum soziologischen Verständnis hinzugefügt werden muß, zum nicht geringen Teil aus Wirtschafts- und Handelskreisen — „Die Kapitalisten haben kein Vaterland“, so lautete die allgemeine vom Verf. zitierte und von *Marx* variierte Losung —, während den Gelehrten (im Gegensatz zu heute) ihr Lebenselement, die Diskussionsfreiheit zuerkannt wurde mit der Begründung, daß ihre Irrtümer nicht zu einer Gefahr für die Gesellschaft werden könnten. Zieht man des weitern in Betracht, daß auch damals schon ein Recht des „Anschlusses“ aller zu „befreienden“ Völker behauptet wurde, indes der Verzicht auf eigenes Gebiet der „République une et indivisible“ unter Todesstrafe stand, so wird die Entwicklungslinie, die der Verf. zum heutigen Osten zieht, offenkundig. Aber sie besteht nur theoretisch. Politisch gibt es keine Kontinuität. Denn der gleichfalls auf Gewalt basierende und daher nicht minder utopische „wissenschaftliche Sozialismus“ war schon zu Lebzeiten *Marx*' tot. Daß er in Rußland, gegen die Theorie, wieder lebendig wurde, war geschichtlicher Zufall. Daß er noch immer existiert, hat die gleichen Ursachen, die nicht von Dauer sein können, weil sie dem Selbstbestimmungs-

recht der Nationen zuwiderlaufen. Deshalb ist auch der Begriff der „totalitären (Volks-)Demokratie“ ein Widerspruch in sich.

Im zweiten Bande behandelt der Verf. hauptsächlich die *historische Gesetzmäßigkeit* (als Grundlage des politischen Messianismus). Das in den einleitenden Sätzen verwendete Pauschale einer neuen „Religion der Geschichte“ mag auf einzelne Ideologien und Zeitabschnitte zu treffen, als allgemeines Urteil über eine nomothetische Geschichtsbetrachtung wäre es nicht haltbar. Wie auch sein Geschichtspessimismus, der sich auf die Aussicht einer „endlosen Serie von Möglichkeiten“ ohne Ziel und ohne Hoffnung gründet, ungerechtfertigt ist. Denn die Zeichen der Zeit, und insofern sind wir glücklicher daran als unsere Vorfahren, können kaum mißdeutet werden. Der Satz (S. 466): „Wir alle erfüllen uns in der Nation“ mag eine Zeitlang noch für einige junge Staaten gelten, die Entwicklung selbst ist über einen solchen Glauben bereits weit hinaus (übrigens auch im Sinne der Thora).

Ähnliche Einwände lassen sich gegen die Methodik der Untersuchung vorbringen. Wenn der Verf. (S. 307) als Kennzeichen der (ersten) industriellen Revolution u. a. eine „gewaltige“ Beschleunigung des Verkehrs, ein „höchst komplexes“ Kreditwesen und ein „ungeheures“ Industrieproletariat unterstellt, um dann zur Bestätigung seiner Thesen schlußfolgern zu können, daß, weil diese Potenzen im Frankreich des ausgehenden 18. Jahrhunderts nicht feststellbar seien, materielle Fragen keine entscheidende Rolle gespielt haben könnten, so wird dies zum Teil schon durch seine Zahlenangabe widerlegt. Umgekehrt ist eine a priori vorhandene Idee (S. 11) noch kein Beweis für ihre Durchschlagskraft. Hierüber sind wir heute ziemlich genau unterrichtet durch die geschichtlichen Beispiele der nationalsozialistischen und der kommunistischen „Machtergreifung“. Beide „Bewegungen“ verfügen über eine mehr oder minder ausgebaute Ideologie. Aber keine wäre Wirklichkeit geworden ohne eine bestimmte Konstellation (die durch den Krieg erzeugte menschliche Not in dem einen Falle und den Krieg selbst, den die verantwortliche Regierung nicht verloren geben wollte, obwohl er verloren war, in dem anderen Falle). Grundsätzlich läßt sich in dieser Beziehung sagen, daß Revolutionen mit einem Minimum an Geist, dem ein Maximum an realer Gewalt entspricht, bewerkstelligt zu werden pflegen.

Julius Gumpert, Berlin

Peter von Blanckenburg: Einführung in die Agrarsoziologie. Stuttgart 1962. Verlag Eugen Ulmer. 170 S.

Dieses Buch eröffnet in seiner ansprechend schlichten Aufmachung, seiner übersichtlichen Klarheit und stofflichen Fülle sozusagen eine neue Disziplin im Bereich der Fachliteratur, obwohl es nicht ohne Vorläufer ist. An den deutschen Fakultäten und Hochschulen für den Landbau gibt es immer noch keine Lehrstühle, die sich eigens mit der „Theorie des Gefüges der ländlichen Gesellschaft und ihrer Veränderungsformen“ befassen, wie der *Brockhaus* „Agrarsoziologie“ umschreibt.

Die wichtigsten Ergebnisse der land-soziologischen Nachkriegsforschung in Deutschland hat bereits Herbert Kötter, vor allem in seinem „Beitrag zur ländlichen Soziologie“ (Landbevölkerung im sozialen Wandel, 1958), zusammengestellt und sich dabei von einer isolierten Betrachtung des Agrarsektors ausdrücklich distanziert, weil Agrarsoziologie zu eng sei und die „zunehmende Interdependenz gesellschaftlicher Vorgänge“, das „Stadt-Land-Kontinuum“ unberücksichtigt lasse.

Ungeachtet solcher begrifflichen Differenzierungen hat Peter von Blanckenburg den griffigen Terminus „Agrarsoziologie“ für seine Einführung gewählt, obwohl auch er die *ganze* Gesellschaft im ländlichen Raum, „die Landbevölkerung in der Industriegesellschaft“ anspricht. Agrarsoziologie ist auch für ihn nur *ein Teil* der Soziologie, deren Methoden sie sich bedient, die ihr Interesse wesentlich mehr als die „Sozialökonomik des Landbaues“ der ganzen Landbevölkerung und nicht nur der Landwirtschaft zuwendet (S. 3). von Blanckenburg verfolgt mit seinem Buch *zwei Ziele*. Er will *erstens* ganz allgemein den soziologisch ungeschulten Leser mit dem spezifischen Begriffsapparat und Denksystem der engeren Sozialwissenschaften vertraut machen, indem er die sozialen Kräfte darstellt, die das menschliche Verhalten beeinflussen und in welchen Konfigurationen (Gruppe, Rolle, Status, Norm u.a.m.) diese Kräfte in Erscheinung treten. In seinem *zweiten* und größten Teil des Buches will der Verfasser die Situation der Landbevölkerung in der „Industriegesellschaft“ darstellen, und zwar an Hand einiger prägnanter und geläufiger Bezugssysteme, wie dem der *Stadt-Land-Beziehung*, der *Familie*, des *bäuerlichen* Berufsstandes, der *Landarbeiterschaft* und dem der *Nebenerwerbslandwirte*; schließlich wird der als *Dorf* gekennzeichnete Raum umrissen, in dem die vorgenannten Gruppen existieren und mehr oder weniger kommunizieren. Diesen beiden Themenkreisen, der methodisch-definitorischen und der analytisch-systematischen Darstellung, werden als Idealtypen die *vorindustrielle* und die *industrielle* Gesellschaft einfürend vorangestellt.

Man mag in den 12 Kapiteln der durchsichtigen und wohlgeordneten Gliederung dieses agrarsoziologischen Stoffes vielleicht Gruppen und Institutionen vermissen, die man als dazugehörig empfindet, wie Genossenschaften, Landjugend, Erziehung und Schule, Vereine und Verbände, Kirche und Parteien, Kommunalverwaltung und Gesundheitswesen; man mag sich in einer solchen Gliederung auch Hinweise auf soziologisch relevante Probleme der Agrarverfassung, der Bodenordnung und ihrer Veränderungen sowie des ländlichen Lebensstandards wünschen. Der Verfasser hat sich gegen derlei Einwendungen abgesichert durch sein Bekenntnis zur notwendigen *Lücke*, diese vor allem hinsichtlich des Fehlens historischer und dogmengeschichtlicher Darstellungen.

Das zentrale Thema ist bei von Blanckenburg der *soziale Wandel*, dem die Landbevölkerung unterworfen ist. Die Elemente dieses Wan-

dels werden bereits einleitend beim Exkurs über „die industrielle Gesellschaft“ skizziert: Bevölkerungswachstum und Verringerung des landwirtschaftlichen Bevölkerungsanteils, „Verstädterung“, Zunahme räumlicher und beruflicher Wanderungen mit einer Schwerpunktbildung in den Berufsgruppen „Industriearbeiter“ und „Angestellte“, Tendenz zur Konzentration der Unternehmungen, Funktionswandel der Familie, Tendenz zu einer sozial ausgleichenden Umverteilung des Einkommens auf der einen und auf der anderen Seite Herausbildung einer Vielfalt von Interessengruppen, innerhalb des Staates und gegenüber diesem.

In seinem Kapitel über „die Bauern“ hat der Verfasser mit viel Geschick Ideologie und Wirklichkeit konfrontiert und dabei auch Extremforderungen hinsichtlich der unternehmerischen Einstellung des Bauern vermieden. Er differenziert alle Aussagen über „das bäuerliche Berufsethos“ mit der treffenden Feststellung, daß der Bauer hier keine absolute Ausnahmestellung einnehme, wie sie ihm manche Autoren der Vergangenheit eingeräumt haben. Dies wird wohl auch nicht hinsichtlich einer „bäuerlichen“ *Unsicherheit* gelten, die vor allem die ältere Generation angesichts des gewaltigen Wandlungsprozesses empfindet, dem sie zwangsläufig unterworfen ist (S. 124 f.). Wenn der Verfasser die *Zukunftsbehauptung* des Bauerntums abhängig macht von der Einstellung gegenüber Erziehung und Ausbildung, so können wir ihm darin nur zustimmen.

Die Frage nach der Möglichkeit zur eigenständigen Weiterentwicklung des Landes verfolgt von Blanckenburg auch in seinen abschließenden Betrachtungen über das Dorf (S. 151 ff.), „die vorherrschende Siedlungsform der Landbevölkerung“, die „zu einem großen Teil existenzmäßig an den Boden gebunden ist“. Als charakteristische *Unterschiede* des „nicht zur ausgeprägten Industriegemeinde gewordenen Dorfes“ im Vergleich zur städtischen Siedlung nennt von Blanckenburg „die wesentlich größere *Öffentlichkeit des Daseins* im Dorf“, „auch ein größeres *Bedürfnis nach sozialer Begegnung* als in der Stadt“, und ein relativ hohes „*Verantwortungsbewußtsein für das Gesamtgeschehen* in der Gemeinde“ (S. 164). Es wäre hier zu fragen, wie weit diese Charakteristika tatsächliche Merkmale sind, die durch das Dorf geprägt werden, oder wie weit die Kriterien Vorstellungen sind, die sich mit dem Bild verändern, das wir uns vom Dorf — oder von den Eigenarten der kleinen geschlossenen Gruppe — machen.

Am Ende dieser kurzen Besprechung bleibt festzustellen, daß sich eine sorgfältige Lektüre dieses Buches lohnt, für den Soziologen wie für den Nationalökonom zur speziellen Orientierung, für den Agrarökonom zur systematischen Übersicht, für den sozialwissenschaftlich interessierten Landwirtschaftsstudenten zur Einführung in einfach dargestellte Begriffe und Kategorien soziologischer Herkunft, nicht zuletzt aber für alle im ländlichen Raum aktiven Persönlichkeiten, wie

Bauern, Berater, Lehrer und Verwaltungsfachleute, zur Verbesserung ihres Selbstverständnisses und zur methodischen Hilfe.

Reinhold Sachs, Berlin

Theodor Eschenburg: Institutionelle Sorgen in der Bundesrepublik. Politische Aufsätze 1957—1961. Stuttgart 1961. Curt Schwab Verlagsgesellschaft. 279 S.

Die hauptsächlich in Form von Zeitungsartikeln veröffentlichte „verfassungspolitische Fallsammlung“ ist, so sehr sich auch die politischen Ereignisse überstürzt haben, noch durchaus aktuell und sehr aufschlußreich. Das macht, sie sind, im Gegensatz zu Publikationen dieser Art im allgemeinen, zwar ebenfalls aus dem Tag heraus, aber nicht für den Tag geschrieben.

Bei manchen Fragen allerdings können Zweifel aufkommen, ob sie es, ungeachtet der Diktion, wert sind, der Vergessenheit entrissen zu werden. Das betrifft vor allem die mehr als ein halbes Jahrzehnt zurückliegende vertrauliche Sondierung eines Bundesministers bei der „Regierung der DDR“ über die Möglichkeit einer deutschen „Konföderation“. Wenn dieses Vorgehen, das die andere Seite zum Anlaß genommen hat, uns als die Urheber dieses Planes erscheinen zu lassen, etwas beweist, dann dies, daß eine Geheimdiplomatie gegenüber einem System, das die Welt auch in ihrem Denken beherrschen will und daher die Öffentlichkeit suchen muß, einen Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt darstellt. Was die „Konföderation“ selbst angeht, so ist sie, wie nicht übersehen werden sollte, ein völkerrechtlicher Begriff, der auf eine moderne Nation unanwendbar ist. Für die Wiedervereinigung ist er in jedem Falle überflüssig. Denn bei gutem Willen gäbe es bessere und kürzere Wege. Bei Dolus aber, der angenommen werden muß, dient sie nur als Mittel für andere Zwecke.

Es sei noch kurz auf das demokratische Grundverhältnis zwischen Regierung und Opposition, das der Verf. wiederholt streift, eingegangen. In einem Staatswesen unserer Tage beschränkt sich die Aufgabe der Opposition nicht allein auf das Anregen, auf Kritik und Kontrolle. Sie wird sich auch nicht damit begnügen können, „den Entwurf einer Alternativpolitik bereitzuhalten“. Vielmehr wird ihr Streben darauf gerichtet sein, ihn auch zu verwirklichen, indem sie die Regierung übernimmt, wodurch ein Rollenwechsel eintritt. Wird diese Ablösung, wie im Falle unseres defektiven Dreiparteiensystems, unwahrscheinlich und fast unmöglich gemacht, so wird man von einem normalen Funktionieren der Demokratie kaum noch sprechen können, besonders nicht, wenn dadurch eine breite soziale Schicht von der unmittelbaren Verantwortung ausgeschlossen ist. Da andererseits auch dem Mehrheitswahlrecht unter deutschen Verhältnissen starke Mängel anhaften (in Berlin hätte die heutige Opposition bei einem solchen Plebiszit nicht einen einzigen Sitz erlangt), dürfte einem effektiven Mehrparteiensystem der Vorzug zu geben sein.

Julius Gumpert, Berlin

Ludwig Neundörfer: Die Angestellten. Neuer Versuch einer Standortbestimmung. (Soziologische Gegenwartsfragen, neue Folge.) Herausgegeben von C. Jantke, L. Neundörfer, H. Schelsky. Stuttgart 1961. Ferdinand Enke Verlag. XVII, 160 S.

Die Arbeit ist von grundlegender Bedeutung für die Erfassung der Angestelltenprobleme. Mit Recht wird in der Einführung besonders hervorgehoben, daß sich das Buch nicht bloß mit der Vermittlung der Ergebnisse einer speziellen Analyse begnügt, sondern in einem 1. Teil auf die Problem- und Dogmengeschichte eingeht. Der 1. Abschnitt befaßt sich u. a. mit den Beobachtern des Phänomens „Angestellte“ und untersucht die Fortdauer und Wirkkraft gesetzlicher Normen. Von besonderem Interesse sind in diesem 1. Teil ferner die Versuche, die Größenordnung der Angestelltengruppe zu bestimmen.

Charakteristisch für das Gesamtwerk ist die Problemstellung, auf die schon im Vorwort (S. IX ff.) eingegangen ist. F. Croner hatte in einer Besprechung darauf hingewiesen, es sei Aufgabe der soziologischen Forschung, die Tatsache „Angestelltenschaft“ als solche zu analysieren; das Problem sei positiv zu stellen: Was sind die Angestellten? Dieser Auffassung tritt Neundörfer entgegen. „Begeht hier Croner nicht eine wissenschaftlich gefährliche Hypostatisierung? Ist die Angestelltenschaft ein *fait social*? Angestelltenschaft würde bedeuten, daß es sich um eine in ihrem gesamten sozialen Habitus geschlossene und einheitliche Gruppe handelt und nicht um Angestellte, denen zwar bestimmte arbeits- und sozialrechtliche Regeln gemeinsam sind, die aber in vielen anderen Bezügen weit auseinanderfallen können. Daß es eine Reihe von Teilgruppen der Angestellten gibt, bestreitet niemand. Eine *fait-social-Angestelltenschaft* wäre nur dann gegeben, wenn wesentliche soziale Merkmale bei allen diesen Teilgruppen gleich wären.“ Neundörfer stellt als Arbeitshypothese, die durch die Spezialuntersuchung erhärtet wird, auf: Die Gruppe der als „Angestellte“ Tätigen ist mehrschichtig; es gehen, von den aus der Arbeitsfunktion resultierenden Daseinsformen aus gesehen, wesentliche Trennlinien durch die Gruppe.

Bei der Spezialuntersuchung geht es im wesentlichen um die Frage, welche Tätigkeiten in Betrieben von Menschen ausgeübt werden, die im rechtlichen Sinne Angestellte sind und wie sich diese Tätigkeiten nach Breite bzw. Seltenheit, nach Wichtigkeit für das Betriebsgeschehen ordnen und mit den Tätigkeiten von Menschen in demselben Betrieb, die im rechtlichen Sinne Arbeiter sind, vergleichen lassen.

Im besonderen befaßt sich Neundörfer auch mit den beruflichen Aufstiegschancen der Angestellten. Die Untersuchung wird getrennt geführt für weibliche und männliche Angestellte. Selbst für letztere sind die „Karrierechancen“ nicht so optimistisch anzusehen wie manche Autoren annehmen. Neundörfer führt diesbezüglich aus: „Für die Masse der männlichen Angestellten führt allerdings der berufliche Aufstieg über diese Positionen, die etwa im Buchhalter, Sachbearbeiter und in der Spitze im Leiter einer Unterabteilung oder Leiter einer

kleinen Abteilung typische Tätigkeitsbezeichnungen aufweisen, nicht hinaus. Es bleiben auch in den höchsten Altersstufen der männlichen Angestellten bedeutend mehr in beruflichen Positionen der Breiten-schicht zurück als über die mittleren Funktionsstufen hinweg aufsteigen (in den untersuchten Betrieben 31 bzw. 21 % der über 55jährigen)" (S. 106). „Man könnte bei einer Anwendung militärischer Bezeichnungen sagen, daß Leutnantpatente von einer großen Zahl der Angestellten erreicht werden, Marschallstäbe indessen sehr selten zu vergeben sind“ (S. 107). Die Ergebnisse der Untersuchung Neundörfers stimmen im wesentlichen mit dem überein, was bei der Internationalen Tagung 1958 der Sozialakademie Dortmund „Stellung der Arbeitnehmer in der modernen Wirtschaftspolitik“ (Tagungsbericht, Berlin 1959) an Hand grundsätzlicher Referate und Länderberichte aus europäischen und außereuropäischen Staaten festgestellt wurde.

Hans Bayer, Dortmund

Kurt Brüning (Hrsg.): Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung.

Band VII: Raum und Verkehr II. Walter Dorn Verlag Bremen-Horn 1957. 111 S. mit Tabellenanhang.

Band VIII: Raum und Verkehr III. 1958. 159 S.

Band XII: Raum und Verkehr IV, Verkehrsprobleme in Ballungsräumen. 1958. 200 S.

Von den Verhandlungen und Berichten des Ausschusses Raum und Verkehr der Akademie für Raumforschung und Landesplanung war der erste Band bereits 1956 erschienen, der die allgemeinen Fragen über Raumordnung und Verkehr behandelte.

Der Band II, im Herbst 1956 abgeschlossen, befaßt sich vor allem mit der Verlagerung von Güterverkehrsströmen. Walter *Linden* leitet den Band ein und entwickelt dabei die theoretischen Grundlagen des Problems. Er wird dadurch dazu veranlaßt, die Begriffe festzulegen und zu klären. Seine Ausführungen stellen eine notwendige Bereicherung der Verkehrstheorie dar. R. *Arntzen* und K. O. *Hördemann* befassen sich mit der Verlagerung von Verkehrsströmen für Erze und Ruhrkohle, und O. *Schlier* gibt einen guten und zusammenfassenden Überblick des deutschen Güterverkehrs vor und nach dem zweiten Weltkrieg. Die Folgeerscheinungen des Krieges haben die verkehrsmäßige Verflechtung zwischen den deutschen Landschaften teils zerrissen, teils umgestaltet. Politische Ereignisse, die Änderung der Konsumgewohnheiten sowie technische Neuerungen in den Produktionsmethoden und auch im Verkehr haben bewirkt, daß sich der Transportbedarf bald vermehrt, bald aber auch vermindert hat. Die Verringerung des Verkehrsvolumens hat oft den Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern verschärft. Daraus sind Krisen im Verkehrswesen entstanden, und der Verfasser will zeigen, wie solche Krisen nicht nur durch Maßnahmen genereller Art überwunden werden können, sondern daß man dies auch von den einzelnen Verkehrsrelationen, also durch einen Aufbau von unten her, versuchen müsse.

Im Band III beanspruchen die Beiträge von Walter *Linden* und E. *Weber* über Leitungstransport und Verkehrswesen sowie die Arbeit von Rudolf *Hoffmann* über Luftverkehr und Raumordnung besonderes Interesse. Da die Manuskripte bereits im Sommer 1957 abgeschlossen sind, konnten die Forschungen von *Seidenfus* über Energie und Verkehr und von Bernd *Holland* über Rohrleitungen als Ferntransportmittel nicht berücksichtigt werden. Der Leser wird diese Arbeiten heranziehen müssen, wenn er sich über den Einfluß der Rohrleitungen und des Leitungstransportes auf die Raumgestaltung unterrichten will.

Der Band IV behandelt Spezialprobleme des Verkehrs in den großen alten Ballungsräumen der Bundesrepublik, dem Ruhrgebiet und dem Saarland. Die Verkehrsbedienung junger und werdender Ballungsräume wird an dem in der Entwicklung befindlichen Industrie-raum von Braunschweig — Salzgitter — Wolfsburg untersucht. *Hoffmann* zeigt deutlich, wie falsch die Meinung ist, das deutsche Eisenbahnsystem sei bereits ein für alle Mal fertig, und daß das vorhandene Netz in seiner Dichte und Leistungsfähigkeit als gut und richtig angesehen werden könne. Das aber ist gerade im Raum Braunschweig — Salzgitter nicht der Fall. Auch heute ist für ein entstehendes Industriegebiet trotz Lastkraftwagen und Rohrleitungen die Eisenbahn als Verkehrsbedienung von schlechthin entscheidender Bedeutung, so daß Neubau und Verlegung von Eisenbahnlinien nicht zu umgehen ist.

Als Ganzes enthalten die drei Bände eine Fülle von Anregungen, so daß sie eine wertvolle Bereicherung der deutschen verkehrspolitischen Literatur darstellen.

W. M. Frhr. v. Bissing, Berlin

Walter Stock: Die Investitionspolitik in nationalisierten Industrieunternehmen Frankreichs seit ihrer Nationalisierung. Köln und Opladen 1960. Westdeutscher Verlag. 222 S.

Vier der nach dem zweiten Weltkrieg nationalisierten Unternehmen bzw. Wirtschaftszweige wurden für die Untersuchung ausgewählt: *Électricité de France*, *Charbonnage de France*, *Gaz de France* und *Régie Nationale des Usines Renault*. Es handelt sich hierbei um die wichtigsten, deren Anteil an den Bruttoinvestitionen (ohne Lagerinvestitionen) der gesamten französischen Wirtschaft in der Zeit von 1949 bis 1954 zwischen 13,5 und 9,1 % lag. Da nur die Entwicklung der Investitionstätigkeit bis einschließlich 1954 verfolgt wird, ist leider der Vergleich zwischen Plan und Wirklichkeit auf die Zeitspanne des Monnet-Plans (1947 bis 1952) im wesentlichen beschränkt. Für die grundsätzlichen Überlegungen zur Investitionspolitik findet jedoch der Hirsch-Plan sowie der dritte französische Modernisierungsplan Berücksichtigung.

Entgegen der von Stock im Vorwort vertretenen Ansicht geht seine Studie nicht deswegen recht erheblich über die Investitionsplanung in den genannten nationalisierten Bereichen hinaus, weil an diesen Beispielen die wesentlichen Züge der französischen Investitionspolitik

zugleich aufgezeigt werden können, sondern weil sich erweist, daß von einer speziellen Investitionspolitik im eigentlichen Sinne für diese Bereiche kaum gesprochen werden kann (vgl. S. 61 und 64). Über eine autonome Investitionsplanung der Renault-Werke kann Stock wegen mangelnder Unterlagen so gut wie gar nichts aussagen (S. 57/58). Die Investitionspolitik der anderen drei Bereiche ist jedoch Bestandteil der übergeordneten Investitionspläne (Monnet-, Hirsch-Plan) und somit also von ihnen geprägt.

Infolgedessen versucht der Verf., in dem umfangreichen zweiten Teil seiner Arbeit (S. 33 bis 119), gleichsam eine Theorie der nicht-privaten Investitionsplanung zusammenzustellen. Der Abschnitt über „die Investitionsplanung einer nationalisierten Unternehmung“ fußt fast ausschließlich auf theoretischen Überlegungen. Die Darstellung der „staatlichen Investitionsplanung“ ist hingegen ein *mixtum compositum* aus Theorie und französischer Investitionspolitik. Mit diesen Ausführungen gerät die interessante und vielschichtige französische Konzeption einer Investitionspolitik in den Vordergrund der Untersuchung, allerdings in dem zur Verfügung stehenden engen Rahmen unter wenig glücklichen Voraussetzungen. Abgesehen davon, daß die theoretischen Partien leider recht unausgeglichen und von überflüssigen Allgemeinplätzen nicht frei sind, befriedigen sie wegen ihrer mitunter zu aphoristischen Natur wenig und dringen kaum zur eigentlichen Erforschung der komplexen Materie vor. Die etwas holperig eingefügten Ausführungen zur französischen Praxis der Investitionsplanung vermögen dem Leser keine ausreichende Vorstellung zu vermitteln. So begrüßenswert die Verbindung und Gegenüberstellung von theoretischen Erkenntnissen und praktischer Wirtschaftspolitik ist, bei Stock bleibt der Versuch leider in einigen Ansätzen stecken. In einer Paralleluntersuchung von E. Rhein (*Möglichkeiten und Probleme staatlicher Investitionspolitik in der Marktwirtschaft*. Köln und Opladen 1960) wird an Hand des französischen Beispiels die Problematik der Investitionspolitik in einer gemischten Wirtschaft weit besser abgehandelt.

Im dritten Teil seiner Arbeit bringt Stock eine Reihe nicht uninteressanter Ausführungen zur Investitionstätigkeit der drei nationalisierten Monopole. Behandelt werden die von den übergeordneten Investitionsplänen bestimmte Finanzierung der Investitionen, die ausgewählten Investitionsobjekte, die Auswirkungen der Investitionen auf Kapazität, Produktion und Produktivität (S. 153 ff.). Wegen der Mängel und Lücken des statistischen Materials kann der Verf. allerdings nur sehr allgemeine und nicht genügend zuverlässige Angaben vermitteln.

Insgesamt kann die Arbeit als Beitrag zum wenig erforschten und komplexen Bereich der Investitionspolitik nicht überzeugen. Der Verf. hätte sicherlich mehr erreicht, wenn er sich weniger anspruchsvoll an Stelle seiner Exkurse in die Theorie der Investitionspolitik auf eine ausführlichere und fundiertere Monographie der Investitionen in

den nationalisierten Unternehmen konzentriert hätte. In diesem Rahmen wäre auch die Möglichkeit für eine fruchtbare kritische Stellungnahme zu dem Nationalisierungsexperiment in Frankreich gegeben gewesen, die bei Stock völlig fehlt, die sich aber gerade auf Grund der im ersten Teil der Arbeit kurz erörterten Nationalisierungsargumente geradezu aufdrängt.

Detlef Lorenz, Berlin

Ingo Schmidt: Auswirkungen der Rentenreform auf die Stabilität des Geldwertes. (Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin, hrsg. v. E. Kosiol und A. Paulsen, Heft 14.) Berlin 1961. Duncker & Humblot. 133 S.

Der Verf. berichtet knapp über Entstehen, Entwicklung und Ziele der Rentenversicherung von 1889 bzw. 1911 (A) und entwickelt dann eine „Modellmäßige Darstellung der Auswirkungen der Rentenreform auf die Stabilität des Geldwertes“ (B), gefolgt von der Darstellung „Empirische Auswirkungen der Rentenreform auf die Stabilität des Geldwertes durch das einmalige Anheben der Renten im Jahre 1957“ (C), ergänzt durch „Mögliche Auswirkungen der Rentenreform auf die Stabilität des Geldwertes durch die dauernd-laufende Bindung der Renten an den Nominallohn“ (D).

Das Wichtigste der ganzen Darstellung jedoch bringt der Verf. in seinem Schlußabschnitt E „Zusammenfassung der Einzelergebnisse der Untersuchung“. Diese Zusammenfassung wird in acht Punkten geboten, von denen Punkt 4 der wichtigste zu sein scheint. Er stellt fest: „Die Rentenreform hat die schleichende Inflation zur Voraussetzung. Dieses Eingeständnis der Bundesregierung . . . hat zu der Forderung vieler Gruppen auf Schutz vor Geldentwertung durch Indexbindung geführt. Die Nominallohnbindung der Renten kann daher — bei Fortfall der Geldillusion — zu einem allgemeinen Indexdenken führen und die Währung systematisch untergraben. Von dieser Seite her drohen die größten währungspolitischen Gefahren.“

Zu Punkt 5 der Zusammenfassung würden erhebliche Einwendungen vorzubringen sein, wogegen der letzte Punkt 8 darin Zustimmung verdient, daß „eine Reform der Rentenreform in erster Linie an der währungspolitisch höchst gefährlichen Nominallohnbindung der Renten ansetzen“ müßte, jedoch darin Widerspruch auslöst, daß „diese durch Bindung an eine die volkswirtschaftliche Produktivität repräsentierende Größe ersetzen“ müßte. Welche sollte das sein? Zu ergänzen wäre die geltende Gesetzgebung, welche die Anwendung der Goldklausel in Darlehensverträgen verbietet und mit hoher Strafe bedroht. Ein merkwürdiger und unerträglicher Widerspruch zur Rentenbindung an den Nominallohn und zum Indexdenken.

In der angegebenen Literatur fehlen namhafte einschlägige Autoren wie W. Ehrlicher, Schellenberg, grundlegende Werke wie Handbuch der Finanzwissenschaft, Handbuch der Soziologie, Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, entscheidende Veröffentlichungen genannter

Autoren wie solche von G. Mackenroth, J. M. Keynes, L. v. Mises, F. W. Paish, O. Veit. Insgesamt ist die Untersuchung lesens- und beachtenswert, insbesondere in Verbindung mit den zur Zeit (1962/63) dem Bundestag vorliegenden Gesetzesentwürfen auf dem Gebiet der Rentenversorgung. Die Gefahren sind ernst, sie sind hier ohne Polemik mit überzeugender Sachkenntnis dargelegt. Wenn die Wissenschaft fruchten soll, kann es hier durch Beachtung ihrer Untersuchungsergebnisse und ihrer Warnungen geschehen.

Hanns Linhardt, Nürnberg

Peter Henning Spranger: Theorie des Nachrichtenverkehrs als Grundlage für die Beurteilung von Integrationsmaßnahmen einer Europäischen Postunion. (Band 3 der Verkehrswissenschaftlichen Forschungen des Verkehrswissenschaftlichen Seminars der Universität Hamburg.) Berlin 1961. Verlag Duncker & Humblot. 124 S.

Der Nachrichtenverkehr gehört zu den Bereichen der Verkehrswissenschaft, die in Lehre und Literatur verhältnismäßig wenig behandelt werden. Eine Theorie dieses Verkehrs, der den Hauptteil des Post- und Fernmeldeverkehrs ausmacht, ist daher sehr zu begrüßen. Spranger begnügt sich aber nicht mit der Entwicklung dieser Theorie, sondern verwendet zwei der Kapitel seines Buches auf die Darstellung der zurückliegenden Integrationsbestrebungen im Nachrichtenverkehr und auf die Möglichkeiten einer Postunion im Europa der Sechs.

Die theoretischen Kapitel der Arbeit behandeln die allgemeine Theorie des Nachrichtenverkehrs sowie die Markt- und Preisbildung. In seiner Theorie lehnt sich Spranger eng an die von Voigt entwickelte Verkehrstheorie an und übernimmt auch Gliederung sowie Nomenklatur dieses Werkes¹. Für den Verfasser handelt es sich also darum, die „Gestaltungskraft“ des Nachrichtenverkehrs, seine „Wertigkeit“, seine „Oszillationsbreite“, seine „Anteludialeffekte“ usw. zu bestimmen.

Spranger sieht im Personenverkehr eine Vorstufe des Nachrichtenverkehrs und im Nachrichtenverkehr eine Vorstufe des Güterverkehrs. Dieser Güterverkehr ist seinerseits wieder mitbestimmend für die Struktur eines Wirtschaftsgebietes. Er geht dann noch weiter und stellt fest, daß Nachrichten- und Personenverkehr überwiegend denselben Zweck erfüllen, ja, daß der Nachrichtenverkehr ein Ersatz für den Personenverkehr sein kann. Wenn diese Verallgemeinerung auch anfechtbar ist, so ist doch zuzugeben, daß der Nachrichtenverkehr dem Güterverkehr einerseits vorangeht (Werbeverkehr), andererseits sich aber auch gleichzeitig mit ihm abspielt (laufender Geschäftsverkehr). Insoweit kann man von der „Gestaltungskraft“ oder dem „Induktionsfaktor“ sprechen. Die Fähigkeit des Nachrichtenverkehrs, den Güterverkehr zu gestalten, wird durch die „Wertigkeit“ ausgedrückt. Sie kommt in der Netzbildungsfähigkeit, der Schnelligkeit, der Sicherheit

¹ Fritz Voigt: Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Verkehrssystems. Verkehrswissenschaftliche Forschungen, Bd. 1, Berlin 1960.

und den Kosten zum Ausdruck. Das Verhältnis von Kosten und Gebühren wird als „Oszillationsbreite“ bezeichnet. In weiteren Abschnitten ist noch von der Eignung der Nachrichtenverkehrsmittel für ihre Aufgaben, dem „Anteludialeffekt“, d. h. der Bindung durch überkommene Einrichtungen, die Rede. Abschließend wird der Nachrichtenverkehr als Wettbewerbsfaktor behandelt. Alle diese Kapitel enthalten das Wesentlichste, wenn auch Ergänzungen in einzelnen Fällen in Anbetracht der schwierigen Materie wünschenswert wären.

Im Kapitel über die Markt- und Preisbildung geht der Verfasser von einem künstlichen Monopol aus. Hier wäre anzumerken, daß manche Zweige des Post- und Fernmeldewesens eine natürliche Tendenz zum Monopol haben, die aber durch frühzeitige Verstaatlichung überdeckt wurde. Beispiele hierfür sind die Telefon- und Telegrafengesellschaften. Das Angebot des Nachrichtenmonopols wird dadurch beeinträchtigt, daß seine künstliche Verknappung nicht gestattet ist, andererseits die Gebührenpolitik gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten unterliegt. Im Gegensatz zu Sprangers Ausführungen (S. 63) schließt dies aber eine Preisdifferenzierung nicht aus. Im Abschnitt über Kosten des Nachrichtenverkehrs unterscheidet der Verfasser zwischen vollautomatischen Bereichen und anderen Teilen des Postdienstes. Jene haben eine extreme Fixkostenstruktur, während bei diesen auch leistungsabhängige Kosten entstehen.

Bei der Darstellung der Nachfrage wird zwischen erschließendem, abwickelndem und privatem Verkehr unterschieden, wobei dem zuletzt genannten gerade im Hinblick auf die Zukunft vielleicht eine zu geringe Bedeutung beigemessen wird. Das Telefon, ursprünglich fast ausschließlich im Geschäftsverkehr benutzt, dringt mit steigendem Wohlstand immer mehr in die private Sphäre ein. Die Äußerungen des Verfassers über die geringe Konjunkturresistenz des Verkehrs bedürfen der statistischen Untermauerung. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen z. B. war eine beträchtliche Beeinflussung festzustellen, wie der Rezensent bei eigenen Studien feststellen konnte.

Im Anschluß an die theoretischen Erörterungen über die Preisbildung werden einige Gedanken zur Tarifgestaltung vorgetragen. Spranger redet einer Verbilligung des werbenden Nachrichtenverkehrs das Wort, um andere Zweige des Nachrichtenverkehrs anzuregen. Die Preispolitik der Bundespost geht bei den derzeitigen Tarifänderungen einen anderen Weg. Sie erhöht das Porto für Drucksachen usw., um in diesem Bereich näher an die Kosten heranzukommen. Bei der Behandlung der Fernsprechtarife fehlt die Differenzierung nach der Tageszeit, die gerade jetzt von der Bundespost zu Recht ausgedehnt wird. Damit sind die wichtigsten Gedanken des theoretischen Teiles der Abhandlung angedeutet.

Das vierte und letzte Kapitel wendet die gewonnenen Erkenntnisse auf die postalische Integration der EWG-Staaten an, leider ohne die unterschiedlichen Post- und Fernmeldesysteme der beteiligten Staaten darzustellen. Abschließend werden die Vorteile einer Vereinheitlichung

des Nachrichtenverkehrs und die Schwierigkeiten, die ihrer Verwirklichung gegenüberstehen, geschildert. Heinz Otto, Berlin

Franz Ansprenger: Politik im Schwarzen Afrika — Die modernen politischen Bewegungen im Afrika französischer Prägung (Deutsche Afrika-Gesellschaft e. V., Bonn, Schriften des Heinrich-Barth-Institutes). Köln und Opladen 1961. Westdeutscher Verlag. 516 S.

Die umfangreiche Arbeit, die sich entsprechend dem Untertitel ausschließlich mit politischen Entwicklungen im früheren Französisch-West- und Äquatorial-Afrika befaßt, ist als Forschungsauftrag der Deutschen Afrika-Gesellschaft entstanden, die sich mehr und mehr zum Zentrum der deutschen Afrikaforschung entwickelt.

Gestützt auf Studien an Ort und Stelle und auf eine umfangreiche afrikanische und französische Dokumentation wird hier ein Werk vorgelegt, das zum ersten Male eine Gesamtschau der politischen Entwicklungen und Tendenzen Französisch-Afrikas versucht und damit, vor allem für den deutschen Leser, in völliges Neuland vorstößt.

Der erste Abschnitt skizziert die Entstehung und Wandlung der französischen Kolonien in Afrika bis in die ersten Jahre nach dem zweiten Weltkrieg. Getragen von einem mächtigen kulturellen Sendungsbewußtsein und weitgehend frei von Rassenvorurteilen, hat es Frankreich, weit über die politische und wirtschaftliche Herrschaft hinaus, unternommen, die Kolonien nach dem Bilde des Mutterlandes umzuformen und durch Bildung französisch geprägter afrikanischer Eliten zu assimilieren. So konnte es geschehen, daß sich die Kolonien in der Zeit der französischen Niederlage in Europa als das freie Frankreich betrachteten.

Indessen erwiesen sich die vom zweiten Weltkrieg ausgelösten weltweiten antikolonialen Bewegungen als so mächtig, daß Frankreich sich einige Jahre nach 1945 mit wachsenden, zwar im ganzen keineswegs frankreichfeindlichen, aber doch auf schließliche politische Unabhängigkeit gerichteten national-afrikanischen Bewegungen auseinandersetzen und nach neuen Formen des Zusammenlebens mit seinen überseeischen Territorien suchen mußte.

Mit diesen politischen Strömungen befaßt sich der zweite Abschnitt. Neben der Fülle der wichtigen und weniger wichtigen Parteigruppierungen und gewerkschaftlichen Bewegungen werden wir hier mit den, zumal in der Anfangsperiode, entscheidenden afrikanischen Persönlichkeiten, wie Leopold Senghor und Felix Houphouët-Boigny, bekanntgemacht. Sie und alle anderen sind von französischer Erziehung und Bildung geprägt, wenn auch ihrer spezifischen Art entsprechend auf unterschiedliche Weise. Senghor etwa als Intellektueller hohen Grades, Houphouët und andere als in der bäuerlichen Gesellschaft Afrikas wurzelnde praktische Politiker und Parlamentarier. Niemand von ihnen ist im eigentlichen Sinne des Wortes assimiliert worden, sondern stellt eine eigentümliche Symbiose afrikanischen Wesens mit französischem Geist dar. Diese Tatsache machte es möglich, daß sie

zwar die politische Unabhängigkeit auf ihre Fahnen schreiben, zugleich aber Frankreich zutiefst verbunden bleiben konnten. Übrigens gilt dies, wenn auch weniger sichtbar, im Grunde auch von den jüngeren afrikanischen „Radikalen“, wie Sekou Touré und Modibo Keita.

Wie Frankreich die kolonialen Züge seiner Herrschaft abzustreifen und zu einer neuen integrierten Partnerschaft in Afrika zu kommen suchte, dabei aber schließlich die politische Herrschaft aufgeben mußte, wird im dritten Abschnitt untersucht. Soziale Gesetze, etwa das Arbeitsgesetzbuch von 1952, das alle Formen kolonialer Arbeitsbedingungen beseitigen sollte, dann das Rahmengesetz von 1956, das nach gescheiterten Versuchen, die alte Häuptlingsaristokratie zum tragenden Pfeiler einer neuen Ordnung zu machen, politisch-administrative Reformen brachte und dem Zweck diente, einen Teil der Verwaltung zu afrikanisieren und durch Schaffung von Territorialversammlungen eine regionale Selbstverwaltung aufzubauen, sind Etappen auf diesem Reformwege.

Aber diese Maßnahmen waren letzten Endes nur geeignet, den Prozeß der Auflösung des Kolonialreiches zu beschleunigen. So mußte sich Frankreich schließlich entschließen, Afrika die Unabhängigkeit zu geben, um, gestützt auf seinen geistigen Einfluß auf die Eliten der jungen Länder, eine neue nachkoloniale Gemeinschaft mit diesen zu ermöglichen. Seit 1960 sind alle Kolonien und die ehemaligen Mandatsgebiete Togo und Kamerun unabhängige Staaten. Guinea ist der einzige Fall, in dem es zum Bruch zwischen Mutterland und Kolonie gekommen ist, wahrscheinlich, wie der Autor mit Recht hervorhebt, von beiden Seiten im Grunde genommen ungewollt und mehr aus persönlichen Momenten erklärbar als aus sachlichen Gegensätzen. Manches spricht für eine spätere Aussöhnung.

Das Fortbestehen der „Communauté“ in immer loseren Formen kann nicht darüber täuschen, daß Frankreich mit der Freigabe der Kolonien große politische und auch wirtschaftliche Opfer hat bringen müssen. Daß dies nicht ohne erbitterte Auseinandersetzungen im Mutterlande möglich gewesen ist, versteht sich, daß es gleichwohl ohne Erschütterungen gelungen ist, muß als Dokument französischer politischer Weisheit gewertet werden.

Die Umgruppierungen, die sich seit der Erreichung der Unabhängigkeit anbahnen, sind Gegenstand des letzten Abschnittes.

Die ehemaligen Kolonien sind heute in zahlreiche selbständige Staaten zerrissen, 9 in Westafrika, 5 in Äquatorialafrika. Diese Balkanisierung wäre wahrscheinlich noch schlimmer geworden, wäre nicht im Zuge der Entwicklung die Macht der Stammeshäuptlinge und lokalen Potentaten zerstört worden. Die Aufteilung ist jedoch noch schlimm genug. Größe und Potential der Einzelstaaten, die zudem willkürlich nach den ehemaligen kolonialen Verwaltungsbezirken abgegrenzt sind, entsprechen im ganzen nicht den Mindestvoraussetzungen, die für die Ausformung von Nationen und die Schaffung integrierter lebensfähiger Wirtschaftsräume erforderlich wären. Man kann

in Afrika oft hören, daß Frankreich diese Entwicklung herbeigeführt habe, um auch künftig herrschen zu können. Diese Sicht ist freilich einseitig und deshalb in dieser allgemeinen Form unhaltbar. Frankreich hat die regionale Entwicklung gefördert, als es noch so aussah, als ließe sich die Einheit mit dem Mutterlande erhalten. Als sich dies als unreal erwies, waren die lokalen und partikularen Interessen bereits so entwickelt, daß es schließlich die Afrikaner selbst waren, die größere Einheiten verhindert haben, die freilich in jedem Falle problematisch gewesen wären, wenn man an die heterogene Struktur der einzelnen Gebiete und das innerafrikanische soziale und wirtschaftliche Gefälle denkt. Afrikanische Versuche, zu größeren föderativen Gebilden zu kommen — etwa die Mali-Föderation oder die Entente der Elfenbeinküste mit einigen anderen Ländern — blieben ohne Erfolg. Man wird auf künftige Entwicklungen hoffen müssen. Doch wird nur ein langer politischer Reifeprozess von Schlagworten und Ideen zu Realitäten führen können.

Die Zwischenbilanz, die Ansprenger am Ende zieht, macht dies vollends deutlich. Staatsauffassungen im europäischen Sinne bestehen kaum. Demokratie westlicher Prägung ist soziologisch kaum vorstellbar. Mag noch erwähnt werden, daß auch der Kommunismus bisher nicht, wie vielfach befürchtet, zu einer akuten Gefahr geworden ist. Im Gegenteil gewinnt man den Eindruck, daß sein Einfluß eher abnimmt und daß andererseits die großen Religionen Christentum und Islam mehr und mehr zu den bewegenden und gestaltenden Kräften Afrikas gehören dürften.

Nirgends also sind in Afrika definitive Lösungen erkennbar. Der Kontinent befindet sich im Auf- und Umbruch. Mit vollem Recht verzichtet deshalb der Autor durchweg auf Prognosen oder abschließende Urteile, sondern beschränkt sich auf eine überaus sachliche und objektive Zusammenstellung des erreichbaren Materials, seine Würdigung und seine Deutung. Für das Verständnis der Bedingungen, unter denen sich der Wandel Afrikas vollzieht, wird sich das Buch für diejenigen, die sich mit afrikanischen Problemen zu befassen haben, als vortreffliches Rüstzeug erweisen. Weitere Arbeiten dieses Ranges über andere Gebiete Afrikas wären höchst wünschenswert.

Wolfgang Jahn, Düsseldorf